

Sebastian Koch

# Kommunale Netzpolitik



Die Möglichkeiten  
des Internet lokal nutzen

Crashkurs Kommune 8

Crashkurs Kommune 8  
Sebastian Koch  
Kommunale Netzpolitik

*Sebastian Koch* ist gelernter Mediengestalter, hat einige Jahre Techniksoziologie studiert und arbeitete von 2009 bis 2012 als wissenschaftlicher Mitarbeiter zum Thema Netzpolitik und Öffentlichkeitsarbeit für die Bundestagsabgeordnete Halina Wawzyniak. Er ist Bürgerdeputierter (sachverständiger Bürger) für die Linksfraktion im Ausschuss Bürgerbeteiligung und Transparenz, Verwaltungsmodernisierung und IT, Geschäftsordnung in der Bezirksverordnetenversammlung Friedrichshain-Kreuzberg in Berlin. Netzpolitisch engagiert er sich als Mitglied des Digitale Gesellschaft e.V. und als Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Netzpolitik in der Partei DIE LINKE.

Sebastian Koch

## **Kommunale Netzpolitik**

Die Möglichkeiten des Internet lokal nutzen

Crashkurs Kommune 8

Herausgegeben von Katharina Weise

In Kooperation mit der Kommunalakademie  
der Rosa-Luxemburg-Stiftung

VSA: Verlag Hamburg

[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)

[www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

[www.kommunalakademie.rosalux.de](http://www.kommunalakademie.rosalux.de)

Kontakt:

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Kommunalpolitische Bildung – Kommunalakademie

Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Katharina Weise (Referentin Kommunalpolitische Bildung)

weise@rosalux.de; Telefon 030/44 31 04 70

*Geschlechtergerechte Sprache:* In diesem Buch wird der Unterstrich bzw. »Gap« zugunsten einer geschlechtergerechten Sprache benutzt (zum Beispiel Kommunalpolitiker\_innen). Dies soll auf den Zusammenhang von Sprache, Geschlecht und Repräsentation hinweisen und der normativen Zweigeschlechtlichkeit, die nur Frauen und Männer umfasst, entgegenwirken. Sich als transsexuell, transgender und queer begreifende Menschen werden mittels dieser Sprachpraxis ebenso benannt.

Der Pfeil vor einem Begriff (→) verweist auf das Glossar, S. 96.



Dieses Buch wird unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht: Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 3.0 Germany License (abrufbar unter [www.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/legalcode](http://www.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/legalcode)). Nach dieser Lizenz dürfen Sie die Texte für nichtkommerzielle Zwecke vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen unter der Bedingung, dass die Namen der Autoren und der Buchtitel inkl. Verlag genannt werden, der Inhalt nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert wird und Sie ihn unter vollständigem Abdruck dieses Lizenzhinweises weitergeben. Alle anderen Nutzungsformen, die nicht durch diese Creative Commons Lizenz oder das Urheberrecht gestattet sind, bleiben vorbehalten.

© VSA: Verlag 2013, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Titelfoto: Katharina Weise

Druck und Buchbinderarbeiten: Idee, Satz & Druck, Hamburg

ISBN 978-3-89965-507-0

# Inhalt

## Kapitel 1

### Internet für alle?

#### Ein wenig Geschichte – Digitale Spaltung – Technische Grundlagen ..... 7

- 1.1 Vorläufer und Infrastruktur des Internets ..... 7
- 1.2 Digitale Spaltung in Deutschland ..... 15
- 1.3 Schnelle Internetversorgung in alle Regionen! ..... 16
- 1.4 Technologien ..... 18
  - V.90 – Internet über die analoge Telefonleitung 19 | ISDN 19 |
  - (A)DSL 19 | VDSL 19 | Glasfaseranbindung (FTTH) 20 | Internet über
  - das Fernseekabel 20 | Internet über Mobilfunknetze 20 | Probleme/  
Nachteile des Mobilfunks 22
- 1.5 Linke Netzpolitik setzt auf Netz für alle! ..... 23

## Kapitel 2

### Aus digitaler Verwaltung wird E-Government ..... 25

- 2.1 E-Government ..... 25
  - Bürger\_innen und Staat 26 | Entlastung öffentlicher Haushalte &
  - mehr Service für Bürger\_innen 26
- 2.2 Kommunales E-Government Portal im Internet ..... 27
  - Barrierefreiheit 28
- 2.3 Datenschutz ..... 28
  - Datenschutz konkret 31 | Datenschutz in der eigenen kommunalen
  - Arbeit 32
- 2.4 Sichere Authentifizierung: Die elektronische Signatur ..... 34
- 2.5 Web 2.0 in der öffentlichen Verwaltung ..... 35
  - Blogs 36 | Soziale Netzwerke 36 | Medienplattformen 37
- 2.6 Freie Software ..... 37
- 2.7 Cloud-Computing ..... 41
  - Infrastructure as a Service (IaaS) 41 | Plattform as a Service (PaaS) 41
  - Software as a Service (SaaS) 41

<b>Kapitel 3</b>	
<b>Transparenz und Bürger_innenbeteiligung – Kommunale Politik im Internet darstellen</b>	43
3.1 Ratsinformationssysteme für Transparenz: bürgerfreundlich und behindertengerecht	43
3.2 Offene Daten (Open Data) für informierte Bürger_innen	46
3.3 Kommunale Bürger_innenbeteiligung ausbauen	50
Am Anfang steht die Information 51   Möglichkeiten und Grenzen darstellen 51   Technischen Zugang und Kompetenzen ermöglichen 52 Nicht von geringen Beteiligungsquoten demotivieren lassen 53	
3.4 Online-Petitionen	56
3.5 Livestreaming der Kommunalparlamente	57
Technische Voraussetzungen 58   Achtung Persönlichkeitsrechte! 59	

<b>Kapitel 4</b>	
<b>Dialog mit den Bürger_innen und Öffentlichkeitsarbeit</b>	62
4.1 Moderne Online-Kommunikation: Von der Information zum Dialog ..	63
4.2 Präsenz in den sozialen Netzwerken	65
Facebook 65   Twitter 68	
4.3 Das Netz für die eigene politische (Zusammen-)Arbeit nutzen	71
Etherpad – gemeinsames Erstellen von Texten 72   Mailinglisten 74 Wikis 75	
4.4 Rechtliche Aspekte der Online-Kommunikation	76
Urheberrecht 76   Datenschutz 77	
4.5 Bewusst und mutig kommunizieren	77

<b>Kapitel 5</b>	
<b>Linke Alternativen – Netz für alle!</b>	79
5.1 Breitbandausbau aktiv gestalten	79
5.2 Internet in öffentlichen Gebäuden und Räumen	82
5.3 Lokale Freifunk-Initiativen unterstützen	87
5.4 Transparente und offene Politik	89
5.5 Gegenöffentlichkeiten erzeugen	89
5.6 Zivilgesellschaft einbeziehen	90
5.7 Medienbildung unterstützen	91
5.8 Netzpolitik auf allen Ebenen entwickeln	92

<b>Anhang</b>	
Glossar 96   Literatur 99   Links 100	

# **Kapitel 1**

## **Internet für alle?**

### **Ein wenig Geschichte – Digitale Spaltung – Technische Grundlagen**

Das Internet ist aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken. Wir kaufen im Internet ein, buchen unseren Urlaub dort, bleiben mit Freunden in sozialen Netzwerken in Kontakt, nutzen das Internet zur Jobsuche, informieren uns über die Erreichbarkeiten und Angebote der kommunalen Verwaltung, geben unsere Steuererklärung online ab und vieles mehr. Natürlich gibt es immer noch eine große Zahl von Menschen, die auch ohne Internetnutzung leben. Die Annehmlichkeiten und Verbesserungen für unser Arbeits-, Privat- und Familienleben wollen aber immer mehr Menschen nicht mehr missen. Wenn man sich die Verbreitung des Internets und dessen Entwicklung anschaut, wird es in Zukunft immer schwieriger werden, ohne Internet auszukommen oder sich der Nutzung sogar zu entziehen.

Deshalb werden sich zukünftig auch Kommunalpolitiker\_innen, insbesondere aus dem linken Spektrum, mit Aspekten des Internets auseinandersetzen müssen. Zugangsgerechtigkeit, politische und gesellschaftliche Teilhabe, Datenschutz, Urheberrecht oder → Netzneutralität sind nur einige wenige Stichworte, die die Debatten rund um das Netz dominieren.

#### **1.1 Vorläufer und Infrastruktur des Internets**

Der Vorläufer des Internets entstand Ende der 1960er Jahre in den USA als ARPANET genanntes Computernetzwerk, das vom US-Verteidigungsministerium gefördert wurde. Das Netzwerk sollte Universitäten, die auch militärisch forschten, miteinander vernetzen und so die Rechenkapazität der einzelnen Standorte verbinden. In der Folge wurden immer mehr Universitäten verbunden, erst in den USA, schließlich auf der ganzen Welt. Der militärische Bezug verschwand dabei zusehends. Zu Beginn der 1980er Jahre wurde das TCP/IP-Protokoll entwickelt, mit dem unterschiedliche kleinere Netzwerke (z.B. in Universitäten oder Rechenzentren) zuverlässig miteinander verbunden werden konnten.

Der Durchbruch des kommerziellen Internets, das wir heute fast alle nutzen, kam schließlich mit dem Dienst WWW (World Wide Web) und dem ersten In-



ternetbrowser (→ Browser) »Mosaic« in den frühen 1990er Jahren, der in der Lage war, grafische Inhalte anzuzeigen. Damit konnten Internetseiten entstehen und betrachtet werden, die sich aus Texten und Bildern zusammensetzten. Natürlich waren die Internetseiten in den 1990er Jahren im Vergleich zu den heutigen Möglichkeiten nur rudimentär ausgestaltet. Die Seitenbeschreibungssprache → HTML (Hypertext-Markup-Language) und zusätzliche Webtechnologien haben sich in den letzten 20 Jahren immer weiter entwickelt. Heute sind Programmierer in der Lage, ganze Programme, Spiele und komplexe Anwendungen im Webbrowser auf Internetseiten zu realisieren.

Eine Grundidee des World Wide Web ist bis heute erhalten geblieben: Hypertext. Hypertext bedeutet, dass Texte mit Querverweisen auf andere Inhalte verweisen. Diese Verweise, die so genannten → Hyperlinks, heute bekannt als Links, verbinden unterschiedliche Internetseiten miteinander. Bei jeder Recherche in einer Suchmaschine bekommen wir Hyperlinks als Ergebnisse präsentiert, die uns die Inhalte des Netzes verfügbar machen.

Das Internet ist allerdings nicht nur eine technische Entwicklung von vielen. Es ist viel mehr: Oft ist zu hören, dass mit der Einführung des Internets gesellschaftliche Veränderungen in einem Ausmaß folgten, die sogar die Entwicklung des Buchdrucks in den Schatten stellen. Im Vergleich zum Buchdruck beeindruckt dabei vor allem die Schnelligkeit, mit der sich die Welt durch das Internet verändert hat. Innerhalb von zehn bis 15 Jahren seit der Öffnung des Netzes für private und kommerzielle Nutzer\_innen, hat sich der globale Kapitalismus, die Medien- und Informationswelt, unser aller privates Leben und vieles mehr grundlegend gewandelt. Jungen Menschen, die heute mit dem Internet aufwachsen, ist es nahezu unverständlich, wie ihre Eltern und Großeltern ohne das Netz gelebt haben. Für sie ist es das Normalste der Welt, dass sie darin für Schulvorträge recherchieren, sich online mit ihren Freunden in sozialen Netzwerken austauschen, Fotos teilen oder Filme und Musik finden und herunterladen können.

Die lange vorherrschende Unterscheidung in eine »echte« und eine »virtuelle« Welt ist nicht berechtigt: Das Internet, die Inhalte, die Kommunikationen und Transaktionen, über die es stattfinden, sind Teil der »echten« Welt. Wenn wir online ein Buch bestellen, dann zahlen wir mit echtem Geld für ein echtes Buch. Wenn wir uns in Diskussionsforen streiten, dann tun wir dies mit echten Menschen über echte Themen. Und wenn wir Nachrichten im Internet lesen, dann sind dies echte Nachrichten aus einer echten Welt. Mit dem Internet hat sich der gesellschaftliche und kulturelle Raum massiv und über Ländergrenzen hinweg erweitert.

Das Internet erweitert in diesem Sinne sogar die »echte« Welt, indem es ganz neue Möglichkeiten schafft, sich auszutauschen, das Wissen und die Informa-

tionen der Welt aufzunehmen und mit anderen zu teilen. Es entwickelt sich zunehmend zu einem Kulturraum, dessen Fundament und Anker selbstverständlich die so genannte echte Welt ist.

Wie »echt« das ist, was im Internet passiert, ist zuletzt durch den arabischen Frühling machtvoll zum Ausdruck gekommen. Die Aufstände, die in Ägypten, Libyen und anderen Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens losbrachen und teilweise in revolutionären Umstürzen endeten, sind nicht durch das Internet entstanden, aber es wirkte durchaus als ein Katalysator. Erstmals nutzten die Menschen etwa soziale Netzwerke, um sich zu organisieren, um zu Demonstrationen aufzurufen und über staatliche Verbrechen und Übergriffe von Sicherheitsbehörden schnell zu informieren.

Nicht ohne Grund kontrollieren Staaten wie Iran, China oder Nordkorea in ihrem Einflussbereich massiv die Datenströme des Internets. Unliebsame Informationen werden gelöscht, Suchmaschinen müssen bestimmte Ergebnisse zensurieren, im Iran soll sogar die gesamte iranische Bevölkerung komplett vom Internet abgeschnitten werden und nur noch Zugriff auf ein eigenes staatlich kontrolliertes Netz bekommen.

Die Technologie des Internets bedroht das Konzept des Herrschaftswissens. Wenn Menschen überall auf der Welt mit wenigen Klicks selbstständig Informationen, Bilder, Texte und Videos in → Weblogs, sozialen Netzwerken oder Internetforen veröffentlichen können, entsteht eine neue Form der Öffentlichkeit. Nachrichten können sich ungefiltert über die ganze Welt verbreiten. Es bedarf keiner Nachrichtenagenturen, Zeitungen oder Fernsehen mehr, um die Welt über wichtige Ereignisse in Kenntnis zu setzen. Wir erleben das Erwachen einer Gegenöffentlichkeit, die von den Nutzer\_innen selbst mit Informationen erschaffen wird. Sie sind nicht mehr nur Konsument\_innen, sondern werden selbst zu Produzent\_innen von Wissen, Informationen und Kulturgütern.

So sehr diese Entwicklungen Aufklärung und Gegenwissen befördern können, sollte die Problematik sorgfältiger Recherche, Auswahl und Aufbereitung von Inhalten nicht unterschlagen werden. Denn die Einordnung und Gewichtung von Informationen gewinnt gerade in einer sich durch Internet und soziale Netzwerke verändernden Medienlandschaft an Bedeutung.

In Deutschland ist eine Politik rund um das Internet erst in den letzten Jahren in die öffentliche Wahrnehmung gelangt. Unter den Schlagworten Vorratsdatenspeicherung, Internetsperren oder Staatstrojaner hat sich ein ganz neues Feld herausgebildet: die Netzpolitik. Im Jahr 2010 hat auch der Deutsche Bundestag eine Enquete-Kommission mit dem Namen »Internet und digitale Gesellschaft« eingesetzt, um die Umwälzungen der Gesellschaft zu analysieren und Handlungsempfehlungen für die Politik der nächsten Jahre zu erarbeiten ([www.internetenquete.de](http://www.internetenquete.de)).

Netzpolitik umfasst alle gesellschaftlichen und politischen Entscheidungen, die sich auf die Technologie, den Zugang zum Netz, die Nutzungsmöglichkeiten, die Auswirkungen und Einschränkungen des Internets und die gesetzlichen Rahmenbedingungen für dessen Entwicklung beziehen: von Wirtschaftspolitik (Breitband- und Technologieförderung) über Sozialpolitik (Zugangs- und Teilhabegerechtigkeit für alle Menschen) bis hin zur Innenpolitik (Strafverfolgung und Eingriffe ins freie Internet).

Eine der ersten netzpolitischen Debatten, die eine größere öffentliche Aufmerksamkeit in Deutschland erreichte, war sicherlich die Diskussion um die geplante Vorratsdatenspeicherung. Als Folge einer von Konservativen und Sozialdemokraten im Europäischen Parlament beschlossenen EU-Richtlinie hatte die Mehrheit aus CDU/CSU und SPD im Jahr 2007 die Einführung der so genannten Vorratsdatenspeicherung beschlossen. Sie wurde als unverzichtbares Instrument im Kampf gegen den internationalen Terrorismus und die organisierte Kriminalität angesehen und sah vor, dass alle Anbieter von Telefon- oder Internetdiensten bestimmte Verbindungsdaten der Nutzer\_innen für einen Zeitraum von sechs Monaten auf Vorrat speichern sollten. Dabei sollten die Daten aller Nutzer\_innen, unabhängig davon, ob es einen Verdacht auf strafbare Handlungen gab, aufbewahrt werden. Zu diesen Daten zählten unter anderem die Telefonnummern von Anrufern und Angerufenen sowie Absender und Empfänger von E-Mails mit jeweiligen Uhrzeitangaben. Nahezu jeder Kommunikationsvorgang von allen Menschen in Deutschland sollte akribisch erfasst und anlasslos gespeichert werden.

Gegen die Vorratsdatenspeicherung haben zivilgesellschaftliche Akteure (u.a. AK Vorratsdatenspeicherung, Chaos Computer Club, FoeBuD) massiv protestiert. Mit Demonstrationen, Briefen an Politiker\_innen und anderen Aktionen konnte das Thema in die mediale Aufmerksamkeit gerückt werden. Schließlich hat der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung eine Sammelbeschwerde mit rund 35.000 Beschwerdeführer\_innen beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Diese Menschen sahen ihre Bürger\_innenrechte im Internet durch den geplanten staatlichen Eingriff bedroht und engagierten sich. Mit dem Urteil vom März 2010 erklärte das Gericht die Regelungen zur Vorratsdatenspeicherung für verfassungswidrig. Dies war einer der ersten großen Erfolge von organisierten Internetnutzer\_innen auf dem neu entstehenden Feld der Netzpolitik.

Ein weiteres Beispiel zeigt, welche tiefgreifenden Differenzen teilweise zwischen politischen Entscheidungsträger\_innen auf der einen und Nutzer\_innen auf der anderen Seite existieren: Im Juni 2009 – kurz vor Ende der Legislaturperiode – hatte die Mehrheit der schwarz-roten Großen Koalition im Bundestag das so genannte Zugangserschwerungsgesetz beschlossen. Das Gesetz geht zurück auf den damaligen Chef des Bundeskriminalamts (BKA) Jörg Ziercke

und die damalige Familienministerin Ursula von der Leyen. Ziel war die Sperrung von bekannten Internetseiten, die Darstellungen von sexualisierter Gewalt gegen Kinder enthielten. Würde eine solche Seite aufgerufen werden, sollten Nutzer\_innen auf eine Seite des BKA weitergeleitet werden und über die aufgerufene Seite und deren strafbare Inhalte informiert werden. Das BKA sollte dazu jeden Tag eine geheime Liste mit entsprechenden Internetseiten an die Zugangsprovider (Telekom, 1&1 u.a.) senden, die diese für ihre Kunden sperren und umleiten sollten. Gegen dieses Gesetz regte sich von Beginn an massiver Widerstand bei Internetnutzer\_innen und zivilgesellschaftlichen Gruppen. Hauptkritikpunkt war, dass die Seiten mit strafbaren Inhalten lediglich hinter einer Umleitung versteckt werden sollten, statt die Inhalte konsequent zu löschen. Die geplante Umleitung war technisch so leicht zu umgehen, dass normale Nutzer\_innen diese binnen kürzester Zeit und mit Hilfe einer kleinen Einstellung in ihrem Computer hätten außer Kraft setzen können. Schnell existierten im Internet Anleitungen, wie die Sperre auszutricksen war.

Die Kritik am Zugangserschwerungsgesetz (auch als Internetsperrgesetz bekannt) zielte also mitnichten darauf ab, die Verbreitung von Darstellungen sexualisierter Gewalt gegen Kinder zu unterstützen. Vielmehr wehrte man sich gegen die Absicht, die Listen der gesperrten Internetseiten geheim zu halten. Die Erfahrungen in anderen Ländern zeigten deutlich, dass unter den Seiten auf den geheimen Sperrlisten auch immer wieder völlig unbedenkliche Internetseiten auftauchten. Auch unbedenkliche Inhalte, die auf den gleichen → Servern wie die strafbaren Inhalte lagen (Internetserver enthalten oft Internetseiten vieler hunderter verschiedener Anbieter), wurden mitunter ebenfalls gesperrt. Dieser Effekt, das so genannte Overblocking (Überblockierung), und die geheim gehaltenen Sperrlisten waren nach Ansicht der Kritiker\_innen eine Gefahr für die Informationsfreiheit, da Polizeibehörden und nicht Richter\_innen bzw. Gerichte über die Sperrung von Inhalten entscheiden würden. Auch die Auseinandersetzung um die Internetsperren, die viele 10.000 Menschen bei Protesten auf die Straße gebracht haben, fand eine große mediale Aufmerksamkeit. Dazu beigetragen hat zudem eine Online-Petition beim Deutschen Bundestag zur Verhinderung der Internetsperren, die die Rekordzahl von rund 134.000 Unterstützer\_innen fand. Diese Petition gilt seither als positives Beispiel für die Möglichkeiten, die das Internet zur Politisierung und Mobilisierung mit sich bringt.

Aber nicht nur direkte staatliche Eingriffe führen zu heftigen netzpolitischen Debatten, auch ein Nicht-Eingreifen ist problematisch, wenn Politik die Potenziale des Internet ausbremst oder gesellschaftliche Entwicklungen verschläft. Zu beobachten ist dies in der Diskussion um ein modernes Urheberrecht, das den grenzenlosen Austausch von Wissen, Informationen und Kultur akzeptiert. Es gehört heute zum Alltag von Millionen Internetnutzer\_innen, auch kultu-

relle Werke wie Musik oder Filme im Internet herunterzuladen, zu tauschen, aber auch in so genannten Remixen oder Mash-Ups selbst zu verändern und mit anderen zu teilen.

Die technischen Möglichkeiten für einen solchen Umgang mit Kultur waren vor 15 Jahren noch nicht vorhanden. Mit einem schnellen → Breitbandanschluss und dank des verlustfreien digitalen Kopierens können Inhalte heute auf der ganzen Welt von nahezu allen Nutzer\_innen verbreitet werden. In früheren Zeiten von Schallplatten, Musikkassetten oder CDs hingegen konnte die Unterhaltungsindustrie eher über die Verbreitung von Kultur bestimmen, diese Reglementierung fällt zunehmend weg.

Doch statt auf diese Entwicklungen zu reagieren, neue Geschäftsmodelle für den Vertrieb von kulturellen Werken zu entwickeln und die Rahmenbedingungen für einen neuen Umgang mit Kultur zu setzen, bekommen Nutzer\_innen die ganze Härte repressiver Urheberrechtsdurchsetzung zu spüren. Allein im Jahr 2010 wurden über 600.000 Abmahnungen bei Urheberrechtsverletzungen in Deutschland verschickt. Fast jeder kennt Beispiele aus dem Bekanntenkreis, bei denen oft mehrere tausend Euro allein an Anwaltsgebühren zu zahlen sind, da versehentlich oder absichtlich urheberrechtlich geschützte Musik in Online-Tauschbörsen getauscht wurde. Mittlerweile ist eine regelrechte Abmahnindustrie entstanden, bei der Rechtsanwälte gezielt nach solchen Vergehen suchen, allein in der Absicht, möglichst hohe Gewinne zu erzielen. Hier treffen ein veraltetes Verständnis von Kulturproduktion/-distribution und neue gesellschaftliche Realitäten aufeinander. Die Politik ist aufgefordert, einen gerechten Ausgleich zwischen den Interessen von Nutzer\_innen und den Kreativen zu schaffen. Die Diskussion um ein modernes Urheberrecht für das 21. Jahrhundert spitzt sich weiter zu und wird die Netzpolitik in Deutschland auch in Zukunft beherrschen.

Neben den genannten Beispielen gibt es noch eine ganze Reihe von netzpolitischen Auseinandersetzungen der letzten Jahre. Ihnen allen ist gemein, dass vor allem junge Menschen das Gefühl haben, die herrschende Politik will sich in ihren Lebensraum einmischen. Sie sehen die Freiheiten des Internets in Gefahr. Freie Kommunikation und anonyme Nutzung des Internets jenseits von staatlichen Eingriffen oder Kontrollen ist für viele Menschen ein Gut, dass es zu schützen gilt. Damit stehen sie auf einer Seite mit linken Politiker\_innen, für die Netzpolitik vor allem bedeutet, ein freies Internet für alle Menschen zu bewahren und allen einen gleichberechtigten Zugang zu diesem neuen Kulturraum zu ermöglichen.

Gefahren für ein freies Internet gehen nicht nur von staatlicher Seite, sondern auch von privatwirtschaftlichen Telekommunikationskonzernen aus. Dies betrifft sowohl den Zugang zum Internet als auch den Umgang mit Daten und

Informationen. Der Zugang zum Internet ist in Deutschland privatwirtschaftlich organisiert: Einige wenige große Telekommunikationskonzerne wie Telekom, Vodafone oder O2 bieten den Zugang an und kontrollieren die Datenströme von Millionen von Nutzer\_innen im Netz. Sie bestimmen die Preise und Bedingungen, zu denen Menschen das Internet nutzen können. Das heißt aber auch, dass sie diese Bedingungen jederzeit ändern können. Seit einiger Zeit läuft beispielsweise eine Debatte um die so genannte → Netzneutralität. Netzneutralität bedeutet, dass alle Daten, die im Internet versendet oder empfangen werden, gleichberechtigt behandelt werden. Dieses Prinzip ist nun in Gefahr. Aus Gründen der Profitmaximierung wollen sich einige privatwirtschaftliche Netzbetreiber die Nutzung datenintensiver Internetanwendungen (z.B. Video- oder Musikdienste) separat bezahlen lassen. Damit wollen sie die Kosten für den Ausbau schneller Internetleitungen die Kunden bezahlen lassen. Es droht ein Mehr-Klassen-Internet, bei dem besonders beliebte oder datenlastige Internetdienste nur noch gegen Aufschlag zu erhalten sind. Wer sich dies nicht leisten kann, muss zukünftig mit einem langsamen Basisinternet zufrieden sein. Auch gegen diese drohende Spaltung regt sich Widerstand und die Debatte wird uns noch eine Weile begleiten.

Der Zugang zum Netz über privatwirtschaftliche Unternehmen bringt aber noch weitere Probleme mit sich. Die privatrechtliche Organisation von Märkten funktioniert nach eigener Definition nur unter Bedingungen des freien Wettbewerbs. Dieser soll angeblich den Menschen die besten Leistungen oder Produkte zu geringsten Kosten sichern. Im Bereich der Telekommunikation und des Zugangs zum Internet scheint dieses Prinzip nicht zu funktionieren. Es gibt in Deutschland unzählige Regionen, in denen ein Internetanschluss nur von einem einzigen Unternehmen zu bekommen ist. Dies ist oft die Telekom, der die Telefonleitungen aus dem Besitz des ehemaligen Staatskonzerns Deutsche Bundespost gehören.

Gerade in ländlichen Regionen mit wenigen Einwohner\_innen und damit potenziell wenigen Kund\_innen ist der Aufbau von eigenen Telefon- oder Internetleitungen für andere Unternehmen nicht lukrativ. Hinzu kommt, dass die Telekom ihren Kund\_innen dort häufig nur sehr langsame Internetanschlüsse zur Verfügung stellt, da in dünn besiedelten Regionen der Ausbau von schnellen Internetleitungen für ein börsennotiertes Unternehmen aufgrund der hohen Kosten ebenfalls nicht wirtschaftlich erscheint.

Menschen, die in ländlichen Regionen leben, haben also direkt unter solchen Monopolen zu leiden. Hier muss linke Netzpolitik ebenfalls ansetzen und sich für politisch wirksame Regelungen einsetzen, diese Benachteiligung im so genannten Informationszeitalter zu beenden. Es müssen alternative Lösungen entwickelt werden, um allen den gleichen Zugang zum Internet zu gewährleisten

– unabhängig von Geldbeutel oder Wohnort (vgl. auch Kapitel 5). Das Motto linker Netzpolitik lautet daher »Netz für alle!«.

Gefahren drohen jedoch nicht nur von der privatrechtlichen Regelung des Zugangs zum Netz, sondern oft auch bei den genutzten Diensten. Die großen Unternehmen heißen Google, Apple, Microsoft oder Facebook. Sie betreiben soziale Netzwerke, E-Mail-Dienste, Online-Musikvertriebe und mehr weltweit. Auch in diesem Feld lassen sich Monopolisierungstendenzen erkennen. So haben die drei genannten Konzerne in den letzten Jahren immer wieder aufstrebende Internetfirmen aufgekauft und deren Produkte und Dienste in ihre Angebote integriert. Allein Facebook als führendes soziales Netzwerk hat im Jahr 2012 die Marke von 1.000.000.000 Nutzer\_innen gebrochen. Damit kommunizierte rund jeder siebte Mensch der Welt auf dieser Plattform. Da derzeit keine ernst zu nehmende Konkurrenz in Sicht ist, heißt dies auch, dass jeder siebte Mensch auf der Welt seine sozialen Beziehungen im Netz nach den Regeln und Bedingungen von Facebook pflegt. Fotos, Videos, private Nachrichten und vieles mehr von einer Milliarde Menschen sind auf den Datenspeichern eines privaten Unternehmens gespeichert. Facebook unterhält damit die wahrscheinlich umfangreichste Datenbank personenbezogener Informationen auf dem gesamten Planeten. Und all diese Informationen kann das soziale Netzwerk speichern, verarbeiten und für Werbung nutzen. Bei diesem Gedanken wird einem zwangsläufig ein wenig mulmig. Bei Google, Apple und Co. ist dies nicht anders. Da die großen der Branche allesamt ihren Sitz in den USA haben, gelten auch die dortigen schwachen Datenschutzgesetze. Trotz einiger internationaler Abkommen und regelmäßiger Beteuerungen sind sie mit den vergleichsweise recht strengen deutschen Gesetzen nicht vergleichbar.

Allerdings haben sich diese Dienste und Unternehmen weltweit durchgesetzt und hunderte von Millionen von Menschen nutzen sie jeden Tag. Sie gehören zum Lebensalltag und sollten daher auch von Politiker\_innen ernst genommen werden. Ein kritischer Blick auf dieses Feld und entsprechende politische Bewertungen gehören also ebenfalls zum weiten Feld der Netzpolitik.

Trotz dieser Herausforderungen, die (linke) Netzpolitik zu meistern hat, überwiegen die positiven Potenziale des Netzes deutlich. Allein die kostengünstige und unbegrenzte Verbreitung von Informationen kann das gesellschaftliche und politische Leben deutlich bereichern. Durch ein freies Internet können Menschen befähigt werden, sich in einem bisher ungeahnten Ausmaß an politischen Diskussionen und Entscheidungen zu beteiligen. Gerade in diesem Bereich sollte linke Netzpolitik besonders engagiert und mutig voranschreiten. → Open Data, → Open Access und Open Government sind Schlagworte in der Diskussion um mehr Transparenz und mehr Partizipation. Wenn Informationen von Staat und Verwaltung öffentlich gemacht werden, kann die Grundlage politischer Entscheidungen bewert-

tet und hinterfragt werden (Open Data). Wenn staatlich finanzierte Forschung ihre Ergebnisse für jedermann veröffentlicht, können alle Menschen an wissenschaftlichem Fortschritt teilhaben, Erkenntnisse teilen und gemeinsam an einer lebenswerten Welt arbeiten (Open Access). Und wenn Politik und Verwaltung moderne Dienstleistungen anbieten und progressive Beteiligungsmodelle entwickeln, vervielfachen sich die Möglichkeiten für Menschen, an der konkreten Gestaltung unseres Zusammenlebens teilzuhaben und diese zu beeinflussen.

Ich möchte in diesem Buch einen Überblick über netzpolitische Möglichkeiten geben und Anstöße für eine linke Netzpolitik auf kommunaler Ebene liefern. Viele Themen sind einer stetigen Entwicklung unterworfen, neue Ideen kommen hinzu, andere verändern sich, aber eines bleibt: Netzpolitik ist nicht nur eine Sache von »denen da oben«, sondern entfaltet sich insbesondere im direkten Zusammenleben von Menschen in der Stadt, in der Gemeinde oder im Dorf.

## 1.2 Digitale Spaltung in Deutschland

Seit Ende der 1990er Jahre hat das Internet seinen Siegeszug in den privaten Haushalten angetreten. Doch trotz sinkender Preise für Datenflattrates und – zumindest in den Metropolen – schnell steigender Übertragungsgeschwindigkeiten, gibt es eine anhaltende Kluft zwischen Menschen mit starker und denen mit geringer Internetnutzung.

Die Initiative d21 untersucht mit ihrem Forschungsprojekt (N)Onliner-Atlas ([www.nonliner-atlas.de](http://www.nonliner-atlas.de)) seit 2001 die Nutzung des Internets in der Bevölkerung. Dabei unterscheidet sie nach denen, die regelmäßig das Netz nutzen, Menschen, die die Nutzung planen und Menschen, die das Internet gar nicht nutzen. Die Ergebnisse belegen, dass die regelmäßige Nutzung des Internets von verschiedenen demografischen Faktoren abhängt:

- **Einkommen:** Je geringer das Haushaltsnettoeinkommen von Menschen ist, desto geringer auch der Anteil der Internetnutzer\_innen. Menschen mit sehr geringen Einkommen nutzen das Netz deutlich seltener als wohlhabendere.
- **Bildung:** Die Nutzung ist ebenfalls vom formalen Bildungsgrad der Nutzer\_innen abhängig. Menschen mit formal niedriger Bildung (Volks-/Hauptschule) nutzen das Internet deutlich weniger als bei hoher formaler Bildung (Abitur/Studium).
- **Alter:** Und jüngere Menschen sind deutlich häufiger Internetnutzer\_innen als ältere.

Auch wenn die Unterschiede in den letzten Jahren geringer werden, so sollten sie dennoch für (linke) Netzpolitik immer im Blick behalten werden. Die Kluft zwischen Onlinern und Offlinern wird zwar langsam kleiner, aber sie wird